

# Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentral-Verbandes

Erscheinung alle 14 Tage. Organpreis 75 Pfg. vierteljährlich. Für Mitglieder durch die Jahrsheften gratis. Für Postbezugs Postamt Köln 1

Redaktion und Verlag: Köln, Denkerwall 9  
Redaktions-Schluss: Montag Abend 6 Uhr

Anzeigen-Preis: Die dreispaltige Post-Zeile oder deren Raum 20 Pfg. für die Mitglieder und in Verbands-Angelegenheiten nur 10 Pfg.

11. Jahrgang

Köln, den 25. September 1915

Nummer 20

## Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland.

II.

Wenn die deutsche Arbeiterschaft allgemein und mit voller Klarheit erkannt haben wird, daß die Idee des ewigen Weltfriedens eine gefährliche Illusion ist und daß die erste Bedingung für die Erfüllung ihrer Zukunftswünsche ein harter, militärisch wohlgeprägter Staat ist, dann wird manches kritische Wort, das früher gesprochen wurde, nicht mehr aufhören. Dann wird auch das Verhältnis zur Monarchie, als dem Kern einer harten, unanwendbaren und unbefriedigenden Autorität nicht mehr grundsätzlich negativ sein können.

Calwer sagt darüber in seinem ausgezeichneten Buche „Das sozialdemokratische Programm“ u. a. folgendes:

„Gelangt nicht der Nachweis erbracht wird, daß die durch den wachsenden Einfluß des Parlamentes in ihren Befugnissen mobilisierte Monarchie ein Hindernis für die wirtschaftliche Ordnung der Arbeiterschaften und damit auch für ihre wirtschaftliche Entwicklung ist, so lange bleibt die parlamentarische Demokratie gegen die soziale Gleichheit in Deutschland für verfehlt. Eine harte Gleichheit ist bei dem Mangel an sozialer Verantwortlichkeit auf dem Staatsgebiete von Staatsmacht der Arbeiterschaft kein Feind; in Republik und Demokratie ist gerade die Volksherrschaft ein Hindernis, bei dem die parlamentarischen Vorrechte in höchster Stufe zur Hilfe gelangen und das Stimmrecht des Volkes ist nicht als ein Hindernis für das durch die Parteien gesteuerte Volksherrschaft.“

Das neue Volkstum ist in den Köpfen der deutschen Arbeiter einmal durchgebrochen, und sind die selbstverständlichen Konsequenzen gezogen, dann ist wiederum eine christliche Kaiser eingemacht, die seitdem dem Vorantreiben der deutschen Arbeiterschaft vielfach hinderlich im Wege stand. Kommt dazu noch ein vorurteilloses Beurteilen anderer bedeutsamer Institutionen wie z. B. Richter, dann kann in der Tat gesagt werden, daß alle auf die Einordnung der Arbeiterschaft in den Organismus des Staates (auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung) hinielenden Bestrebungen von allen berufenen Vertretern des deutschen Staates und Volkes viel eher gefördert werden, als früher.

Die Arbeiterschaft, die im sozialistischen Lager steht, stellt allerdings noch nicht die Mehrheit der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen dar, so daß die gelegentlich auftretende Meinung, als hätte die deutsche Arbeiterschaft erst noch ein richtiges Verhältnis zum Staat etc. zu gewinnen, eine Irrgehirn ist.

Im neuen Deutschland wird die Arbeiterschaft in all ihren Organisationen augenscheinlich nur dann größere Erfolge als bisher erzielen können, wenn sie sich möglichst reiflos zum gegenwärtigen Staate und zur Form dieses Staates bekennt, um seine äußere Machtposition besorgt ist und bei allen Reformarbeiten im Innern die helfende Hand bietet.

Wenn das erst einmal geschieht, dann ist die Periode der gegenseitigen Verbitterung und Verleumdung zwischen Staat und Arbeiterschaft in unserem Vaterlande hoffentlich endgültig überwunden und zwar nicht nur äußerlich. Daß sich dieses Verhalten schon jetzt anbahnt, steht außer allem Zweifel und es wird in dem Maße wachsen, als die Arbeiterschaft und ihre Vertreter es sich angelegen sein lassen, bei aller notwendigen Kritik gerecht zu bleiben. Dazu gehört vor allen Dingen auch ein gewisses Verständnis für die historische Entwicklung des Staates, aber auch das richtige Verständnis zu den eigenen Fehlern und Schwächen.

In den „Sozial. Monatsheften“ nimmt Aug. Winnig in äußerst bemerkenswerter Weise zu diesem Thema Stellung. Er setzt auseinander, wie es zu erklären sei, daß die sozialistische Arbeiterschaft während der letzten Jahrzehnte „den Gegensatz zum Staate zum Prinzip“ erhoben hat. Das sei nur deshalb möglich gewesen, weil die Arbeiterschaft in der frühkapitalistischen Periode in ihrer Organisationslosigkeit, ihrer ökonomischen und kulturellen Dürftigkeit überhaupt keinen wirtschaftlichen Nachdruck von irgendwelcher Bedeutung darstellte und ihr Einfluß auf die Staatsgewalt darum gleich Null war.

Sehr gut treffend schildert Winnig, daß in den letzten Jahren schon eine Annäherung zwischen Staat und Arbeiterschaft stattgefunden habe. Wir können ihm auch darin beistimmen, daß der Sozialismus an sich nicht staatsfeindlich sei; es kommt eben darauf an, wie man sich seine Anwendung vorstellt. Meint man — wie das Erforderer Programm — die Abschaffung aller Privilegien und die Verwirklichung aller Produktionsmittel, dann allerdings müssen wir den Sozialismus ablehnen, weil wir überhaupt kein, daß nicht mehr dem Staate noch der Arbeiterschaft auf die Dauer nützlich sein dürfte. Eine ansehnliche Zahl von lebenden Nationalökonominnen hat im Laufe der Jahre an verschiedenen Stellen geäußert, daß ein Sozialismus dieser Art gleichbedeutend wäre mit Stillstand und Rückschritt unserer kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. (Siehe Danneberg, „Der moderne Sozialismus“, Verlag J. J. Weber in Leipzig, Biederfeld, „Die soziale Frage“, Verlag Rauch in Innsbruck; außerdem Calwer, Calwer und Combaris Schriften etc.)

Sozialismus haben wir ja längst in großem Umfange und zweifellos gibt es noch manches Gebiet des wirtschaftlichen Lebens, das einen mehr sozialistischen Charakter ganz gut vertragen kann. Wer von uns wollte z. B. nicht von Herzen wünschen und mit allen Kräften anstreben, daß die Lebensmittelversorgung mehr und mehr dem Spekulantentum entzogen wird? Wenn in Zukunft Staat und Gemeinde in diesem Punkte recht ausgiebig sozialistische Grundzüge annehmen, dann tun sie etwas, was z. B. schon auf dem 8. deutschen Arbeiterkongreß in Berlin ausdrücklich gefordert und während des Krieges vielfach praktisch ausgeführt wurde, wenn auch mangels genügender Erfahrung noch viele Fehler dabei gemacht worden sind. Jedenfalls ist es eine Tatsache, daß die seitigerer Entzweiung zwischen dem Staat und einem großen Teil der Arbeiterschaft auch durch die Haltung des letzteren verursacht worden ist und nicht nur durch den Umstand, daß Regierung und Bürgerliche aus purem Unverständnis oder in guter Absicht und mit gutem Grunde gegen die Sozialdemokratie Stellung nahmen.

Völlig verkehrt (weil sachlich unbegründet) ist darum die besonders in den uns jetzt feindlichen Ländern verbreitete Ansicht, gewisse rechtliche Ungleichheiten, unter denen die deutsche Arbeiterschaft seitlich zu leiden hatte, wären ausschließlich die Waffe einer absolutistischen, arbeitserfindlichen Regierung gewesen.

Rein! Es muß immer wieder betont werden, daß bei der deutschen Reichsregierung, speziell bei dem Träger der Krone, der Wille zu sozialreformerischen Taten wiederholt praktische Verwirklichung gefunden hat. Leider sind diese Taten durch große Teile der Arbeiterschaft verkleinert oder gar verächtlich gemacht worden; daß dadurch den geizigenden Faktoren die Lust und Liebe zur Erweiterung der Volksrechte und zu weiteren sozialpolitischen Taten geschmälert worden ist, kann nicht wundernehmen. Alle diese Umstände

müssen berücksichtigt werden, wenn man die Vergangenheit kritizieren will und keine Trugschlüsse für die Zukunft daraus ziehen möchte.

Dies zu betonen erscheint uns besonders angebracht gegenüber einem Buche, in dem über die Arbeiterschaft im neuen Deutschland von bürgerlichen und sozialdemokratischen Schriftstellern Betrachtungen angestellt werden.\*)

Wir haben in diesem Buche viele treffliche Gedanken gefunden, aber auch manche Phantasie. Eigentlich ist vor allem, daß die bürgerlichen Mitarbeiter anscheinend von unserer Bewegung, die seitlich schon in ihrem Sinne vieles geleistet hat, nichts zu sagen wissen und sich der Weisheit nach folgen lassen, wenn sie einmal ganz schüchtern an dem seitigeren Verhalten der Sozialdemokratie Kritik üben. Das geschieht offenbar in der guten Absicht, die angeführte Arbeiterschaft nicht zu untergraben. Aber auf diese Art wird der Boden für das erhoffte Zusammenwirken sicher nicht geebnet, denn es ist nun einmal so, daß die Sozialdemokratie in sehr vielen Punkten noch dem Reize ganz anders handeln muß als vorher, wenn sie nicht wieder genau so oder noch schlimmer isoliert sein will, wie ehern.

Wir verweisen z. B. in dem Buche ein Verständnis der sozialdemokratischen Mitarbeiter zur Monarchie, wie auch nicht gefast ist darüber, ob die Sozialdemokratie in Zukunft immer und überall die Regierung unterstützen will, wenn es sich um die Verwirklichung unserer Behauptung, Kolonialpolitik etc. handelt. Ueberhaupt ist schon der Ton einiger sozialdemokratischer Mitarbeiter in diesem Buche, daß man daraus die Bereitwilligkeit entnehmen konnte, sich zu begangenen Fehlern zu bekennen. Im Gegenteil! Immer erscheint die Sozialdemokratie als die verstaute Aufspand, die nie ein Wasserlein getrübt hat. Entsprechend selbstbewußt ist dann auch die Sprache bei den Forderungen, die für die Zukunft aufgestellt werden und soweit sie als spezifische Parteiforderungen der Sozialdemokratie bekannt sind.

Dagegen haben, wie gesagt, die bürgerlichen Mitarbeiter in einem großer Zurückhaltung darauf verzichtet, von der Sozialdemokratie ein hares Bekenntnis zum Gegenwärtigen zu verlangen. Wenn man nach jom. Pläzertimmen urteilen darf, scheint mindestens ein erheblicher Teil der Sozialdemokratie dies noch ab, wenigstens theoretisch. So wird z. B. auch in der „St. Presse“ Nr. 28 in sehr deutlicher Weise zum Ausdruck gebracht, daß man den konstitutionellen, monarchischen Staat nicht anerkennen wolle, weil dies die Preisgabe sozialdemokratischer Parteigrundzüge bedeuten würde. Wenn das schließlich die herrschende Meinung bleibt, dann mühen alle Verhandlungsversuche, wie das genannte Buch, sehr wenig.

Wir wollen unter Urteil so zusammenfassen: Alles, was in dem Buche an Reformen gefordert wird, die der Arbeiterschaft im Staate mehr Licht und Luft verschaffen sollen, findet unseren Beifall. Sollen diese Ziele aber erreicht werden, dann bedarf es dazu vor allen Dingen der Geschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft. Diese kann jedoch für die Zukunft nur erzielt werden, wenn die Sozialdemokratie in wichtigen Dingen völlig einmütig ist. Mindestens müßten die von H. Calwer in seinem bereits genannten Buche gemachten Reformvorschlüsse für das sozialdemokratische Programm

\* Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland! Herausgegeben von Dr. Timme, Bibliotheksdirektor des preussischen Herrenhauses und H. Regien, Vorsitzender der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften; Leipzig, Gutschlag Verlag (2 Bände).



...der die ...

### Teuerung ohne Ende.

Es ist schauderhaft! Allen Maßnahmen der Regierung, der Städte und der Verbraucher selbst zum Trotz haben wir eher ein Anschwellen als ein Absinken der Teuerung zu konstatieren. Nach wie vor wird mit den wichtigsten Lebensmitteln ein unverhältnißmäßiger Auftrieb getrieben, obwohl wir im Zeichen einer Bundesratsverordnung leben, die für die Bundeserzogene hohen Strafen in Aussicht stellt. Es scheint, als ob der Begriff "Wucher" so dehnbar würde wie es im einzelnen Falle für nötig erachtet wird, um gerade um eine Strafe herum zu kommen. Werden von Behörden für bestimmte Artikel Höchstpreise festgelegt, dann verziehen es gewisse Händler oder Produzenten, darüber hinaus sich ein "Leinwand" zu sichern oder auf eine andere raffinierte Art die Höchstpreise so zu umgehen, daß sie nicht mit Erfolg verfolgt werden können. Kurz und gut: gegenüber dem Wucherer sind nahezu alle Abwehrmittel fasther untauglich gewesen und das eröffnet schlechte Aussichten für die Zukunft.

Die Ernte liegt hinter uns; die Obst- und Kartoffelernte wird auch bald zu Ende sein. Reiche Erträge hier wie dort. Besonders gut ist überall die Kartoffelernte. Es klingt wie Hohn, wenn der Hausfrau auf dem Markt trotzdem heute für 10 Pfund Kartoffeln noch 90-100 Pfennige abverlangt werden können, ohne daß die Bundesratsverordnung gegen den Lebensmittelwucher zu Hilfe gerufen werden könnte.

Wir müssen von der Regierung fordern, daß sie möglichst in der Kartoffelernte schafft. Die Kosten der beschriebenen Maßnahmen gehen zu Lasten der ohnehin so sehr geschädigten mittelständlichen Bevölkerung.

Das einzig wirksame Mittel ist die Festlegung von möglichen Höchstpreisen und Bestrafung der zur Verhinderung der Festlegung sich Anstrebenden. Diese Maßnahmen sind in Deutschland bisher nur in geringem Maße durchgeführt worden. In anderen Ländern sind Höchstpreise auf den Markt gesetzt, so in Italien aber bei weitem weniger durchgreifend als die Bundesratsverordnung in Deutschland. Die Bundesratsverordnung ist in Deutschland bisher nur in geringem Maße durchgeführt worden. In anderen Ländern sind Höchstpreise auf den Markt gesetzt, so in Italien aber bei weitem weniger durchgreifend als die Bundesratsverordnung in Deutschland.

### Der ferne Osten.

Während in Europa der gewaltige Weltkampf andauernd wird, verfolgt im fernen Osten Japan unerschütterlich seine Ziele. Die Wegnahme unserer Flottenstützpunkte hat die Herrschaft Japans gesteigert. Immer mehr macht es China zu seinem Vasallen und verdrängt den Einfluß der europäischen Staaten. Will Deutschland seinen die englischen Ostindienstraßen diesem Treiben zu. In letzter Zeit mehren sich die Proteste, die dem englischen Handel durch das Verhalten des japanischen Bundesgenossen drohen. Und diese Gefahr ist tatsächlich nicht gering. Denn, wenn es Japan wirklich gelingt, den europäischen Einfluß in China zu vernichten, so wird es die Führerschaft über die ganze gelbe Rasse erhalten. Was das aber heißen wird, steht uns sofort ein, sobald man sich vergegenwärtigt, daß China allein den vierten Teil der Erdbewohner stellt. Unschaffens würde der englische Handel das Vorgehen Japans zu fühlen bekommen.

...der ...

Der Milchpreis ist verschiedentlich noch getiegen. Man nehmen sich mehr und mehr die Stadtverwaltungen dieser für die Volksgesundheit, speziell für die Verhütung einer größeren Sänglingssterblichkeit wichtiger Sache an. Bezingelt sind Verträge mit den Produzenten abgeschlossen worden, wodurch eine genügende Mindestgröße zu etablieren Preise sichergestellt wird. Dieses Vorgehen verdient allgemeine Beachtung. Immerhin bestehen in der Milchversorgung noch viele Mängel, auf deren möglichst sofortige Beseitigung mit allen Kräften hingewirkt werden sollte. Vor allem ist der Preis der Milchmehls im Sinne der Zeit ungenügend hoch geworden, selbst die Kleinmengen für nicht noch gering geworden ist. Große Händler haben sich dabei begnügt, mit dem Grundpreis zu halten. Kleiner Händler, großer Käufer. Stoff hat es keine getrennten Indikatoren, sondern sie betreiben ohne die nötige Beachtung in der Milchmehls als Gegenstand. Es soll hier an dem letzten Beispiel zeigen, wie sehr die Milchmehls-Verordnungen zur Verbesserung der Milchmehls- und Abklärung der Milchmehls Milchmehls führen haben, und die Verträge zwischen den Milchmehls-Produzenten.

Insbesondere trägt die heutige ungenügende Verteilung der Milch sehr zur Verunsicherung bei. Die kleinen Händler verlieren ihre Milch nach den verfallenden Bestimmungen über ihre Einlieferung und Abgabeung der Milch. Das heißt nicht ein und derselbe Händler mit seinem kleinen Quantum in den verschiedenen Städten herum. Milchmehls werden er, um kein Quantum von etwa 75 Liter zu verteilen, 5 Stunden. In ein und dasselbe Land kommen oft 4 bis 5 verschiedene Richtungen.

Diese Verhältnisse werden naturgemäß äußerst erschwerend auf die Milchversorgung ein. Gerade die Produzenten wie die Konsumenten haben den Schaden davon. Die Produzenten leiden unter der Unsicherheit als tätiger Konkurrent austrat, von der deutschen Konkurrenz bereit im Chinareich die absolute Handelsvorrückheit haben würde. Nun kommt Japan und macht einen großen Schritt durch die Reduktion Englands. Und das selbe Albion kann nichts dagegen machen. Das ist bitter. Nach bedenkllicher aber sind die weiteren Folgen, die Japan Vorgehen in nicht ferne Zukunft zeitigen muß. Japan ist durch seinen Sieg über Rußland stark geworden. Es ist weitens die mächtigste Macht in jenen Breiten der Welt. Auch die Vereinigten Staaten sind dem Japaner gegenüber nicht gemächlich. Japans Eroberung geht nun dahin, derer des Großen Japans, des Stillen Weltmeeres zu werden. Vor einem Jahrzehnt glaubte man, daß es auf diesem Grunde zwischen Japan und den Vereinigten Staaten zum Kampfe kommen werde. So sagte der Präsident der Universität Kasifornien schon 1904, der Schauplatz des nächsten großen Weltkrieges sei in Kasifornien zu suchen. Im folgenden Jahre wurde die Lage drohend und löste sich bei der Einwanderungsfrage 1906 vollends zu. Doch wogte Japan damals noch nicht mit der Union anzuverbinden. Es wollte offenbar erst seine Flotte so vermehren, daß es mit Sicherheit den Vorrang machen konnte. Die von Japan gegenwärtig verfolgte Politik bietet ihm weit mehr Aussichten, seine Seebereichsziele im Stillen Ozean zur Ausführung zu bringen, als wenn es direkt mit seiner Flotte einen Kampf gegen jene der Union ausgenommen hätte. Japan sieht sich gegen China. Das ist dort den europäischen und amerikanischen Einfluß verdrängt, so fällt ihm die Herrschaft im Großen Ozean von selbst zu. Gibt es in China fest, so kann es das große chinesische Reich seinem Willen dienbar machen. Die wirtschaftlichen Vorteile, die Japan dabei gewinnt, können ihm seine Schwäche, die Finanzen, stärken helfen. Ist es nach einigen Jahren soweit, so wird weder England noch Amerika imstande sein, den weiteren Vormarsch der gelben Rasse in den Zonen des Stillen Weltmeeres zu verhindern. England vor allem ist auf zwei Plätzen durch Japan

...der ...

Butter, Käse und Eier — sind teuer. Das gefüllte Brot von Frau Huber und Frau Meyer hat einen bitterernten Wabheitsgeschmack bekommen. Da bei feinerer Ansicht, daß eine Verbilligung dieser Lebensmittel eintraten würde. Dazu kommt noch, daß auch die Margarine und andere künstliche Ersatzmittel für Butter sehr teuer sind. Vielleicht kommt es demnächst an mehreren Orten zu einer Butterknot, wie vor einiger Zeit in München i. W., wo dadurch der Preisverfall der Produzenten und Händler Einhalt geboten würde. Die Gesellschaft ist schließlich noch die einzige Rettung, wenn sonst niemand hilft.

In seinem Vortrag vom 5. ds. Wis. hat der preussische Handelsminister den Handelskammern und landwirtschaftlichen Organisationen aus dem Reich, sich in den Dienst der Bundesratsverordnung zu stellen, die mit der Bundesratsverordnung besetzt werden, die allerdings ebenso für die Güterverteilung (Landwirtschaft, Gewerbe), wie für Güterverteilung (Handel) gilt. "Der Krieg darf", so sagt der Minister, "unter keinen Umständen als Konjunktur angesehen werden, aus der der größtmögliche Gewinn herausgeholt ist. Vielmehr ist es vaterländische Pflicht, besonders bei Gegenständen des täglichen Bedarfs, sich mit Gewinnen zu begnügen, die neben angemessener Lebensführung des Einzelnen und seiner Familie den Fortbestand des Unternehmens sicherstellen. Ich lege die Versicherung, daß die Handelsvereinigungen, soweit an ihnen liegt, im Sinne der obigen Ausführungen auf die von ihnen vertretenen Kreise einwirken und diese zu einem Verhalten bewegen werden, das in gleicher Weise ihrem Nutzen wie dem vaterländischen Interesse entspricht und die Anwendung der Zwangs- und Strafmaßnahmen der Bundesratsverordnung von sich aus ausschließt."

Dem oben angeführten Vortrage sind allerdings noch die Bestimmungen, besonders die Höchstpreise, zu berücksichtigen, die im Hinblick auf die Bundesratsverordnung stehen.

Dieser Vortag hat Handelskammern und Organisationen, die sich in den Dienst der Bundesratsverordnung zu stellen, die allerdings ebenso für die Güterverteilung (Landwirtschaft, Gewerbe), wie für Güterverteilung (Handel) gilt. "Der Krieg darf", so sagt der Minister, "unter keinen Umständen als Konjunktur angesehen werden, aus der der größtmögliche Gewinn herausgeholt ist. Vielmehr ist es vaterländische Pflicht, besonders bei Gegenständen des täglichen Bedarfs, sich mit Gewinnen zu begnügen, die neben angemessener Lebensführung des Einzelnen und seiner Familie den Fortbestand des Unternehmens sicherstellen. Ich lege die Versicherung, daß die Handelsvereinigungen, soweit an ihnen liegt, im Sinne der obigen Ausführungen auf die von ihnen vertretenen Kreise einwirken und diese zu einem Verhalten bewegen werden, das in gleicher Weise ihrem Nutzen wie dem vaterländischen Interesse entspricht und die Anwendung der Zwangs- und Strafmaßnahmen der Bundesratsverordnung von sich aus ausschließt."

Über das japanische Vorgehen braucht nicht. Die Organisationen des Reiches, wie Konsumvereine, Detailhandelsvereine, Vereine zur Bekämpfung des Wuchers im Handel und Gewerbe, die in Betracht kom-

bedroht: in seinem indischen und seinem australischen Kolonialreich. Auf Australien hat Japan schon längst im stillen seine beschränkte Hand geworfen. Zudem sind Japans gelbe Götzen den Herzen in Australien sehr wenig gemogen wegen der Einwanderungsfrage, durch welche der gelben Rasse der Zutritt in Australien so gut wie gänzlich verwehrt ist. Australien selbst aber fürchtet sein Japan die gelbe Gefahr. Und nicht ohne Grund. Japan ist sehr dicht besetzt, die Küstenstriche Chinas nicht minder. In Australien würde die gelbe Rasse den ihren Auswanderern am besten entprechenden Siedlungsboden gewinnen. Ein solches Siedlungsgebiet hätte um so größeren Wert, als es ziemlich nahe dem Mutterlande gelegen wäre. Das Eigenartige ist dabei, daß die Gewinnung Australiens und seiner Inselwelt den Chinesen ebenso wie den Japanern zugute kommen würde, wenn die ersten von der Zuwanderung nicht ausgeschlossen würden. Hier, wie in manchen anderen Fällen hat Japan die Möglichkeit, China durch wirtschaftliche Bande an sich zu fesseln und es noch stärker in seine Gefolgschaft zu bringen.

Australien mit seiner geringen Einwohnerzahl läßt einem solchen Vorgehen ein weiches Deute für Japan bereit. England könnte Japan an einem solchen Vorgehen nicht hindern; denn die japanische Flotte wäre rascher in Indien als die englische. Zu allem Überdies aber kann Japan in breiter Front von China aus zu Lande getroffen werden. Einem solchen Stoß gegenüber aber hätte England machtlos da. Schon jetzt fährt die japanische Presse eine sehr selbstbewußte Sprache. Der Gang der kriegerischen Ereignisse hat dort die Meinung, die man vor dem Krieg von der englischen Seemacht hatte, gewaltig abfallen lassen.

Daß Japan Pläne schmiedet zur Erweiterung seiner Macht im Osten, geht zu allem Überdies aus der Haltung Australiens gegenüber hervor. Immer zahlreicher werden die Stimmen, welche einen engeren Anschluß an Rußland fordern. Japan will sich für seine Zukunft die nötige Rückendeckung in Rußland ver-







